



Wahlprogramm Kommunalwahl 2021

für den Stadtrat Brake

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

(Langversion)

Umwelt- und Naturschutz / Landwirtschaft

Eine nochmalige **Weservertiefung** lehnen wir aus folgenden Gründen ab:

- Der WSA Baudirektor Wetzel hat schon 1987 geschlussfolgert, dass "die Unterweser seit der 9 m Vertiefung an die Grenze ihrer Ausbaufähigkeit gestoßen ist, über die hinaus es zu nicht wieder rückgängig zu machenden schweren Nebenwirkungen kommen könnte".
- Urteil EuGerH 01.07.2015: Eine schädliche Gewässerveränderung ist zu erwarten (ökologisches Potential und chemischer Zustand, Wasserrahmenrichtlinie). Planfeststellungs-beschluss wurde aufgehoben.
- Eine weitere Tieferlegung der Sohle bewirkt eine Verstärkung der Eigendynamik der Tiden (Tideniedrigwasserabsinken, Erhöhung der Eigenerosion), Spundwände nehmen zu und der Deichschutz wird damit unsicherer.
- Der Klimawandel erhöht die vorgenannte Wirkung und es unterblieb eine Umweltverträglichkeitsprüfung im Planfeststellungsverfahren. Nun soll ein undemokratischer Bundestags-beschluss statt eines Planfeststellungsverfahrens herbeigeführt werden.
- Die zunehmende Versalzung ist weder für Landwirtschaft (Weidewirtschaft) noch für den Naturschutz hinnehmbar.

Der **Generalplan Wesermarsch** (weniger salzhaltiges Wasser vom südlichen Brake nach Stadland und Butjadingen schaffen) ist schon lange auch auf eine Forderung von uns GRÜNEN vor Ort zurückzuführen. Damit wäre auch die Weidehaltung weiter möglich. Für das schwierigste Stück von Käseburg bis Ovelgönne ist insbesondere genau zu planen (Umweltverträglichkeitsprüfung, Standortfragen, Auswirkungen auch hinsichtlich Wasserrahmenrichtlinie) und Kostenzusagen von Nutznießern der bisherigen Weservertiefungen, Bund und Land sind einzulösen. Die Probleme Salzwassereintrag vom Braker Hafen und mangelnde Standsicherheit der Deponie sind noch vorrangig zu lösen. Die Stadt Brake ist nicht unwesentlich gefordert das Vorgenannte in ihre Bauleit-Planungen aufzunehmen.

Reithmähen an der Unterweser muss ausgeweitet werden (Fläche und Zeitspanne), wenn bei einer mehrjährigen unabhängigen Untersuchung im Ergebnis das Vorkommen der Arten (insbesondere Ornithologie) nicht beeinträchtigt wird. Die Stadt Brake muss bei der unteren Naturschutzbehörde und dem Niedersächsischen Landesamt für Wasser-, Küsten- und Naturschutz NLWKN erreichen, dass der vorgenannte Testversuch zeitnah stattfindet.

Ein **Vogelschutzgebietsmanagement** ist zumindest bei FFH-/ europäischen Vogelschutzgebieten, die im Geltungsbereich der Stadt Brake (hilfsweise auch des Landkreises Wesermarsch) an der Unterweser liegen dahingehend zu erreichen, dass verträgliche nachhaltige landwirtschaftliche Nutzung in den Phasen, wo keine Schäden verursacht werden (z.B. Brut und Aufzucht) ausdrücklich auch in ihrer Art erlaubt werden. Hier ist mit unterer Naturschutzbehörde, NLWKN, Domänenamt, Nationalparkverwaltung eine Umsetzung zu verhandeln.

An der Golzwarder Fähre ist der steinerne Ausguckturm auszubauen zu einem **Info-Gebäude mit Infotafeln** und automatischem Fernglas für Beobachtung des europäischen Vogelschutzgebietes und Hafens. Auch an der Schmalenflether Drift ist ein vergleichbarer Ausguck zu schaffen. Die Stadt Brake ist gefordert u.a. Leader-Zuschüsse zu beantragen, Spenden auch von der Hafengewirtschaft einzuholen und Ausgestaltungsgespräche mit dem Landkreis zu führen.

Die Stadt Brake muss eine **Baumschutzsatzung** (oder Vergleichbares) zum Schutz der (wertvollen) Bäume in den durch Bebauungsplan (§ 30 BauGB) und unbeplanten Innenbereichen (§ 34 BauGB) festgelegten Gebieten schaffen. Im Außenbereich (§ 35 BauGB) gilt das Naturschutzgesetz unmittelbar.

Durch den zunehmenden Klimawandel gelangen die **Rastvögel** immer südlicher in unseren Landkreis. Dies ist ornithologisch hochinteressant, aber es verursacht auch Schäden in der landwirtschaftlichen Nutzung im Winterhalbjahr (Kahlfraß, Verkotung). Hier muss das Land Niedersachsen zumindest die geschützten

Gebiete mit den beeinträchtigten Flächen in die Entwicklung des Rastspitzenmodells für Grünland sogleich aufnehmen. Die Stadt Brake ist gefordert hier Hilfestellung zu geben.

Das Braker **Klimaschutzkonzept** mit seinen 52 Maßnahmen ist endlich kontinuierlich umzusetzen. Eine dezentrale Nutzung von Biogas ohne Anbau von Monokulturen (z.B. Mais, Getreide) und Nutzung von Industrieabfällen ist umzusetzen.

Moorschutz im Braker Gebiet ist uns von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ein wichtiges Anliegen. Die Mooregebiete in Süderfeld, Norderfeld, Harrierwarp und Hammelwarder Außendeich (Hammelwardermoor) sind zu schützen. Durch ihre einzigartige Parzellenstruktur sind die Grundstücke durch Gräben getrennt wodurch man eine optimale Wasserstandshaltung auch zum Moorerhalt erreichen kann. Der Erhalt der Gräben muss gesichert bleiben. Wegen der schmalen Grundstücke und der vielen Gräben muss das Ziel sein, dort Flächen zu finden um Paludikulturen zur Mooreneubildung anzubauen. Die Stadt Brake soll helfen (B-Plan) mindestens ein Moorschutz-Projekt (z.B. max. 10 ha) im Hammelwardermoor als Kompensationsfläche für den neuen Windpark und/oder als Moorschutzprojekt mit Fördermitteln des Landes als Paludikultur (z.B. Torfmoos oder Reith) umzusetzen.

Im Bereich der **Rindviehhaltung und Beweidung** treten wir dafür ein, dass die Stadt Brake das Grünlandzentrum aktiv unterstützt. Wir legen Wert darauf, dass in der Wesermarsch verstärkte Anstrengungen zum Erhalt des Grünlandes durch Weidehaltung von Milchkühen stattfinden. Milch- und Milchkühe bestimmen bei unseren Besuchern das Bild der Wesermarsch, grasende Kühe vermitteln Tiergesundheit und -wohl. Die Vorteile der Weidehaltung liegen nicht nur im Tierwohl mit gesünderem Vieh (weniger Krankheiten, weniger Medikamente). Die Weidehaltung dient insbesondere auch dem Schutz der Umwelt: Keine Gülleausbringung im Sommer, keine Grundfuttererwerbung für das weidende Vieh, dadurch weniger Silokolonnen auf den Straßen und damit weniger Schäden für unsere Wirtschaftswege. Die Weidehaltung ist unverzichtbar für ein positives Image für unsere Grünlandregion. Der Fremdenverkehr ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor in der Wesermarsch. Noch bestimmen grasende Rinderherden, Milchkühe, Mutterkühe, Jungvieh das Landschaftsbild. Dies stellt einen großen Erholungswert dar. Der Trend zu immer größeren Tierbeständen in Ganzjahresstallhaltung muss gestoppt werden. Ein wichtiger Förderer für die Weidehaltung ist das Grünlandzentrum Niedersachsen-Bremen mit Sitz in Ovelgönne. Aus den vorgenannten Gründen ist es für unsere Bevölkerung wichtig, dass die Stadt Brake das Grünlandzentrum aktiv unterstützt.

Wir setzen uns für die Förderung des Wassersparens durch Beratung und Sparmaßnahmen bei städtischen Gebäuden ein. Die Kläranlage in Golzwarden soll durch den Einbau einer zusätzlichen Klärstufe z.B. Medikamentenrückstände und durch **Feinfiltration** z.B. Mikroplastik zurückhalten. Zuschüsse hierfür sind einzuwerben.

Wir treten dafür ein, dass die Ausbringung von Herbiziden, Pestiziden und Insektiziden, wie auch Glyphosaten und Neonicotinoiden zumindest auf städtischem Grund und Boden unterbleibt.

Wir machen uns engagiert für **Artenschutz** in Brake stark. In den letzten Jahrzehnten haben die Arten (Schmetterlinge, Bienen, Vögel, Insekten, Grünlandpflanzen) durch zunehmende Intensivierung der landwirtschaftlichen Flächen und durch eintönigere Nutzung von Haus- und Vorgärten (Mähroboter und Steingärten) deutlich abgenommen.

Diese Entwicklung muss gestoppt und umgekehrt werden. Wie?

- Steingärten sollten nicht länger geduldet werden, eine Beratung hierzu muss umgesetzt werden
- Kommunale Flächen sind zukünftig nur noch nach Ökolandbau Richtlinien zu bewirtschaften
- Landwirtschaftliche Flächen sind zukünftig ohne weitere Schädigung der Artenvielfalt zu bewirtschaften (Wiesenvogelschutz, Gewässerrandstreifen als Biotopverbund, Pestizidverbot in Schutzgebieten, Ökolandbauanteil erhöhen, siehe Umsetzung des Nds. Weges)

Wildtiere gehören nicht eingesperrt und vorgeführt.

Stadtentwicklung / Mobilität

Wir von BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN treten für einen schonenden Umgang mit Grund und Boden ein. Eine die vorhandene Infrastruktur besser nutzende und am tatsächlichen Bedarf ausgerichtete Stadtentwicklung bezüglich Wohnen, Gewerbe, Industrie und Handel ist sowohl ökologisch als auch ökonomisch für die Stadt Brake von Vorteil. Diesem Leitbild folgend entstehen für uns folgende Eckpunkte:

- Eine weitere Ansiedlung (wie z.B. Maschinenbau Hermann) von **Industrie- und Gewerbebetrieben** soll auf den vorhandenen freien Flächen im Bereich Weserstraße, Max-Planck-Straße, sowie an der Hammelwarder Straße am Bahnhof Kirchhammelwarden erfolgen. Gegebenenfalls ist eine Arrondierung der vorhandenen Gewerbegebiete anzustreben. Für auf die Hafenvirtschaft orientiertes Gewerbe sind auch freie Flächen im Hafenbereich mit hinreichender Immissionsbegrenzung nutzbar zu machen (Boitwarder Groden). Rat und Verwaltung der Stadt Brake haben eine Erweiterung für Gewerbe und Wohnen westlich der B 212 und südlich der B 211 neu mit gut 50 ha beschlossen. Wir GRÜNE werden darauf dringen, dass der Flächenverbrauch dem Bedarf angepasst wird.
Das Hafenerweiterungsgelände grenzt direkt an das nördlich der Fährstrasse liegende Naturschutzgebiet /Europäische Vogelschutzgebiet. Durch geeignete Maßnahmen (z.B. Lärmschutzwall) muss hier das betroffene Gebiet vor vom Hafenbetrieb ausgehenden Emissionen jeder Art (Lärm, Staub usw.) bewahrt werden. Zu Wilmar (Fetraffinerie) bleibt positiv festzuhalten, dass die technische Weiterentwicklung den heutigen Umweltstandards (Technik und Produkte) entspricht. Die zunehmende Geruchsbelästigung aus dem Hafenbereich muss eingegrenzt werden. Aber das dort verarbeitete Palmöl darf zukünftig nur nach dem Gebot der Nachhaltigkeit (keinen Tropenwald abholzen, keine Ureinwohner verjagen, keine Bodenvergiftung...) erzeugt werden. Hier müssen Wilmar und Stadtrat und Verwaltung Farbe bekennen. Die jetzt von Wilmar geplante Erweiterung soll erfreulicherweise heimische pflanzliche Öle und nicht Palmöl vorsehen. Für die notwendige Sanierung der auch für die Hafenvirtschaft zuständigen Feuerwehr Golzwarden muss eine finanzielle Beteiligung der Hafenvirtschaft (Wilmar, Schwefelverfestigungsanlage, Müller AG) erreicht werden. Um bei der Ansiedlung potenzieller Gewerbetreibender erfolgreich zu sein, ist eine gute und kompetente Beratung seitens der Stadtverwaltung und der Wirtschaftsförderung Wesermarsch die entscheidende Voraussetzung.
- Der **Eigenheimbau** fand in den letzten Jahren in Wiesenstraße und Klippkanne statt. Rat und Verwaltung haben als Erweiterung Timmermann`s Hellmer (Altlasten, Lärm, Nichteinbindung in Umgebung), Brake West (Gefährdung landwirtschaftl. Betriebe, zu nahe an Rehau) und Golzwarden-West (Ortsrandzusage nicht eingehalten) beschlossen ohne einen Bedarfsnachweis zuzulassen. Zukünftig wird für junge Familien der Kauf und ggf. Umbau vorhandener Eigenheime in den älteren Wohngebieten eine wachsende Rolle spielen (Generationswechsel im Bestand). Daher haben die Nutzung der noch freien Flächen in den vorhandenen Wohngebieten sowie Lückenbebauung Vorrang. Die Stadt Brake soll sich aktiv an den Städtebau-Förderungsprogrammen (z.B. Ring-quartier, Innenstadt) beteiligen.
- Nach wie vor hat der **Fahrradverkehr** beim Zurücklegen der täglichen Wege in Brake einen bedeutenden Anteil. Dem ist bei zukünftigen verkehrsrelevanten Planungen etwa durch ausreichend breite und komfortable Fahrradstreifen oder Radwege Rechnung zu tragen. Wir fordern eine Bestandsaufnahme (z.B. Zustand, Lage, Länge, Breite) und ein Radwegkonzept für Brake. Siehe Anträge BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN zur Mängelbeseitigung und Fahrradstraße (29.10.18 und 02.11.20).
Weiterhin ist nach wie vor die Realisierung einer von der vielbefahrenen Kirchenstraße getrennten Nord-Süd-Achse für den Fahrradverkehr über den Middeweg mit anschließender Bahnquerung in der Nähe des Städtischen Bauhofes in Richtung Kleingartengebiet (Ladestraße hieran für Fußgänger und Radfahrer anschließen) umzusetzen. Über vorhandene Wege und Wohnstraßen kann man so die Hauptverkehrsstraßen meidend am Gymnasium vorbei durch das Kultur- und Sportzentrum weiter nach Norden gelangen. Neben der dringend erforderlichen Instandhaltung unseres vorhandenen Radwegenetzes möchten wir den weiteren Ausbau von Radwegen innerhalb unseres Stadtgebietes vorantreiben.
Durch zu prüfenden Lückenschluss und eine gute Beschilderung der Radwege soll der Fahrradverkehr weiter gestärkt werden.
Wir setzen uns ein für eine Neunutzung des alten „Oldenburger Bahngleises“ zwischen dem Ort Ovelgönne und Brake für Kutschen, Räder, Fußgänger. Diese Radwege, neben z.B. dem Weserradweg, entfernt der Hauptverkehrsstraßen sind insbesondere von touristischer Bedeutung.

- Wir von BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN begrüßen die - noch zu optimierende - Buslinie 422 als regelmäßigen Stadtbusverkehr auch außerhalb der Schulzeiten nun zwischen der Bahnhofstestelle Kirchhammelwarden, dem Bahnhof Brake, Famila und dem Ort Ovelgönne und zurück - mit Anschluss an den NWB Bahnverkehr - und den überregionalen Wesersprinter (440) - als Niederflerbus. Wir engagieren uns dafür, dass Ovelgönne, Brake, der Landkreis und der ZVBN weiterhin die erforderlichen Zuschüsse für einen Stundentakt gewähren und diese Linie auch abends und am Wochenende fahren lassen. Wir setzen uns für flächendeckende digitale internetgebundene Anzeigetafeln (in Echtzeit) bei allen Bus- und Bahnhofstestellen im Gebiet der Stadt Brake ein. Der Anschluss der Fähre Golzwarden ist zu prüfen.

Seit Dezember 2010 besteht auf der NWB Strecke RS 4 ein Stundentakt. Die Lücke um 23.10 Uhr von Bremen bzw. 23.45 Uhr von Nordenham ist zu schließen, wie auch Schaffung einer Frühverbindung Richtung Nordenham zum Werksanschluss. Die Lücken des Wesersprinters (440) insbesondere zu den Hauptverkehrszeiten und (insbesondere an den Wochenenden) abends sollten durch Verhandlungen möglichst geschlossen werden. Die umliegenden Ortschaften sowie die Zentren Oldenburg, Bremen und Bremerhaven müssen zu jeder Tageszeit durch Regio-S-Bahn und den Wesersprinter (Bus) aus Klimagründen und sozialen Gründen gut erreichbar sein.

Der Bahnhofstestepunkt Kirchhammelwarden ist erfreulicherweise wiedereröffnet worden. Der Stadtbus (422) ist hieran angeschlossen. Der Anschluss Käseburg und Fußgängerzone sind zu prüfen. Der Stundentakt darf nicht gefährdet werden. Wir setzen uns weiterhin für einen zu prüfenden zusätzlichen Bahnhofstestepunkte in Golzwarden, sowie für die immer noch ausstehende grundlegende Sanierung der Bahnstrecke Hude-Nordenham mit weitgehender 2-Gleisigkeit und ggf. 120 km/h –Ausführung ein. Dies ist auch über den Bundesverkehrswegeplan (BVWP) abzusichern.

Des Weiteren ist ein Disco- und Kulturbusangebot für Brake und seine Nachbargemeinden anzustreben, welches sowohl die Diskotheken in der Wesermarsch als auch z.B. Oldenburg, Sande und Hagen erreichbar macht (entsprechend der "NachtEule" (Ammerland) bzw. "Nachtschwärmer" (Bremer Umland).

Wir GRÜNE unterstützen den Erhalt der Fährverbindungen Harriersand und Golzwarden-Sandstedt.

Innenstadtattraktivierung / Tourismus

Wir geben die Innenstadt nicht auf

Die Entwicklung der Innenstadt bedarf kontinuierlicher Korrekturen aufgrund des ständigen demografischen Wandels. Die Ansiedlung von weiteren Einkaufsmöglichkeiten (z.B. Einkaufszentrum/Vollsortimenter, weitere einzelne Fachmärkte, etc.) als zusätzliches Angebot in den Bereichen Textilien, Schuhe, Nahrungsmittel auch mit saisonalem Angebot aus der Region sollen den vorhandenen Fachhandel einbeziehen, bereichern und erweitern.

Die Besonderheiten der historisch gewachsenen Innenstadt mit ihren kleinteiligen Gebäuden sollen bestehen und vorhandene bauliche Gebäudestruktur erhalten bleiben. Zu einer lebendigen Innenstadt gehört, dass im Erdgeschoss durchgehend Läden vorhanden sind. Wir streben an westlich der Lindenstraße durchgehend und östlich vorwiegend Läden einzurichten. Hierzu ist u.a. anzustreben auch die Ansiedlung von Imbiss, Cafe, Kinderbedarf, Herrenausstatter, Hotel, Wellness und maritimer Bedarf. Das medizinische Kompetenzzentrum des Krankenhauses muss mehr an die Innenstadt integriert werden (z.B. Hinweisschilder, Krankengymnastik auch in Fußgängerzone ansiedeln).

Ein Stadtentwicklungskonzept hauptsächlich für den Innenstadtbereich soll demnächst erstellt werden. Dieses Konzept muss in das gesamte Stadtentwicklungskonzept eingebunden und kontinuierlich angepasst werden. Hierbei ist besonders zu berücksichtigen:

- Gegenverkehr auf Kirchenstraße zwischen Binnenhafenstraße und Georgstraße ermöglichen
- Innenstadt über die Ringstraße hinreichend erreichbar machen
- Im Bereich Georgstraße bis Hafenstraße ist eine Fahrradstraße einzurichten, damit zukünftig diese Strecke in beiden Richtungen befahren werden darf
- Fußgängerzone erhalten ohne Kfz-Verkehr
- Angrenzendes Gebiet südlich des Binnenhafens entwickeln
- Die bisher mit langem Atem besonders positive Entwicklung des Centraltheaters soll in eine noch stärkere Integration in die Innenstadt einmünden

Die Mischung aus Wohnen und Gewerbe/Dienstleistung erhöht die Attraktivität der Innenstadt Brakes und ihre maritime historische Stärke. Die vg. Entwicklung wird auch die touristische Bedeutung hervorheben. Dem dient auch die zu optimierende Anbindung des Wassersports (Zuwegung Slipanlage an der Kaje).

Kurzfristig sollen unseres Erachtens folgende Förderungen stattfinden:

- Mietzuschuss für ExistenzgründerInnen
- Zuschüsse für neue Betriebe, die Frequenzbringer für die Innenstadt sind (z.B. Wellness und gesunde Ernährung)
- Zuschüsse für energetische Sanierung.

Erst unter vg. Korrekturhilfen zugunsten der integrativen Entwicklung der Innenstadt (inklusive rückwärtiger Erschließung auch für mehr Grün, Fassadengestaltung) ist ein gedeihliches Miteinander mit der bislang stark bevorzugten Entwicklung der Weserstraße möglich.

Tourismus

Der Weserstrand und die Kaje sollen als wichtige touristische Hauptattraktionen unserer Stadt über die Grenzen von Brake hinaus wahrgenommen werden und sollen auch Schwerpunkte unserer touristischen Bestrebungen werden.

1. Auf touristische Attraktionen ist durch Stelltafeln in den Zufahrtstraßen (z.B. Ecke B 212/B 211 und B 212/ Hammelwarder Straße und B 212/Raiffeisenstraße und B 211 neu) hinzuweisen. Diese verbesserte Beschilderung führt unmittelbar zu mehr Information willkommener Gäste.
2. Weiterhin regen wir an Verkehrshinweise an prominenter Stelle für Parkmöglichkeiten (Reisebusse, Fahrrad, PKW, Wohnmobile) anzubringen.
3. Die positiven touristischen Bemühungen des Brake Vereins (z.B. diverse Flyer, Übernachtungsmöglichkeiten vermitteln, Fährfahrpläne) sollten verstärkt ausgedehnt werden (Tourist-Info-Point).
4. Die Attraktivität des Weser-Radweges und der deutschen Seilroute im Bereich Brake soll verbessert werden durch:
 - Kennzeichnung von historischen, maritimen und kulturellen Sehenswürdigkeiten, Melkhus u. Arp Schnitger Orgel
 - Fahrradstellplatzverweiterung, Beobachtungsplattform an der Golzwarder Fähre und nördlich von Schmalenfleth (Deichdrift)
 - Erweitertes Übernachtungsangebot (auch für Durchführung von z.B. Busfahrten, Seminaren, Tagungen)
 - Erhalt und Zusammenarbeit der Fähren Golzwarden-Sandstedt und Brake-Harriersand
5. Die Zusammenarbeit mit den umliegenden Touristikorganisationen (z.B. Butjadingen), soll einen erhöhten Gästeaustausch erbringen.
6. Der vorhandene alte Bahndamm ist touristisch zu erschließen (Kutsche, Fahrrad, Reiter, Museen-/Moorführungen). Hierbei sind der Bahndamm e.V. und Brake Verein zu unterstützen.
7. Für Wohnmobile sind die Stellplätze zu optimieren (inkl. Anschluss für Wasser, Abwasser u. Strom inkl. Photovoltaik)

Tierschutz

Grüne Politik steht für einen schonenden und respektvollen Umgang der Menschen mit ihrer Umwelt und mit den Tieren. In Niedersachsen ist es die Aufgabe der Kommunen, das Tierschutzgesetz umzusetzen. Wir von Bündnis 90/DIE GRÜNEN wollen uns in Brake für konsequenten Tierschutz einsetzen. Folgende Tierschutzbelange sind für uns wichtig:

- Wir wollen, dass eine ausreichende **Kontrolle der Tierhaltung** in unserer Stadt gewährleistet wird. Verstöße sollen aufgedeckt, nachverfolgt und geahndet werden um **Tierleid zu verhindern**. Wir möchten in diesem Zusammenhang mehr Transparenz im Tierschutzvollzug: Das für den Tierschutzvollzug im privaten wie im gewerblichen Bereich zuständige Veterinäramt soll dem Stadtrat jährlich einen Bericht über Anzahl und Art der Verstöße gegen das Tierschutzrecht und die behördlichen Maßnahmen vorlegen. Wir möchten bäuerliche Betriebe erhalten und stärken, deshalb wollen wir auf die Ausweisung von Bauflächen zum Bau von gewerblichen Massentierhaltungsanlagen in unserem Stadtgebiet verzichten.
- Wir wollen dafür sorgen, dass die Kosten für die sog. Fundtierverwahrung und für die Unterbringung amtlich eingezogener Tiere vollständig aus dem kommunalen Haushalt gedeckt werden. Es muss der Vergangenheit angehören, dass Tierheime gezwungen sind, diese öffentliche Aufgabe teilweise aus Spendengeldern zu finanzieren. Wir fordern die **Einrichtung eines kreiseigenen Tierheims** und möchten, dass sich die Stadt Brake an den Kosten dieses im Landkreis Wesermarsch einzurichtenden Tierheims beteiligt und sich für dessen Realisierung einsetzt.
- Wir wollen geeignete Flächen identifizieren und ausweisen, auf denen Hunde ganzjährig frei laufen dürfen. Den vielen Hundehaltern in Brake ist es ein Anliegen, ihre Hunde artgerecht zu halten und diesen genügend Bewegung inklusive ausreichend Freilauf zu ermöglichen wie im Tierschutzgesetz vorgeschrieben. In etlichen Bereichen unseres Stadtgebiets ist es - insbesondere auch während der sog. "Brut- und Setzzeit" - jedoch nicht angezeigt, Hunde unangeleint laufen zu lassen. Zudem verfügen viele Hunde über einen starken Lauf-/Jagdtrieb, so dass sie nur bedingt gut abrufbar sind und ein durch einen Zaun geschützter Bereich zur Sicherheit von Hund und Mensch (Autoverkehr etc.) daher erforderlich ist. Viele andere Kommunen haben für ihre Bürger bereits entsprechende Flächen eingerichtet. Wir wollen prüfen, wo in unserem Stadtgebiet ein geeignetes öffentliches Areal für eine **eingezäunte Hundefreilauffläche** zur artgemäßen, tierschutzgerechten Bewegungsmöglichkeit von Hunden zur Verfügung gestellt werden kann.
- Die **Kastration von Katzen**, die Zugang ins Freie haben und geschlechtsreif sind soll in unserer Kreisstadt verpflichtend bleiben, um so die unkontrollierte Vermehrung von Hauskatzen und damit auch die Anzahl frei lebender und zurückgelassener und ausgesetzter Katzen zu verringern.
- Bei Pachtverträgen mit reisenden Zirkusbetrieben ist sicherzustellen, dass nur solche Betriebe einen Pachtvertrag bekommen, die auf **die Zurschaustellung von Wildtieren** wie Affen, Elefanten oder Großkatzen **verzichten**. Deren artgerechte Haltung ist in Zirkusbetrieben mit häufigem Standortwechsel kaum möglich.
- Auf unseren öffentlichen Flächen sollen – wo immer möglich - in größerem Umfang **Blühflächen für Insekten** angelegt werden. Bei Neuanpflanzungen sollen die **Belange der heimischen Tierwelt berücksichtigt** werden. Wir wollen, dass giftige Unkrautvernichtungsmittel in unserer Kreisstadt möglichst nicht zum Einsatz kommen, u.a. auch um unsere Haus- und Wiesentiere, Vögel und Insekten und unser Grundwasser nicht zu gefährden. Diesbezüglich möchten wir auch für mehr Aufklärung in Privathaushalten sorgen.
- Aufgrund der Klimaveränderungen werden wir mit großer Wahrscheinlichkeit künftig in den Sommermonaten zunehmend mit langen Hitzeperioden zu tun haben. Wir möchten daher unsere Weidetierhalter dafür sensibilisieren, dass sich damit auch die Bedürfnisse unserer Weidetiere verändern. Wir Grünen möchten uns dafür einsetzen, dass Weidetiere einen **Wetterschutz** auf den Weiden im Bereich unseres Stadtgebiets vorfinden. Gerade für Tiere in ganztägiger Weidehaltung ist ein Hitzeschutz wichtig und auch gemäß Tierschutzgesetz im Sinne tiergerechter Haltungsbedingungen angezeigt.

Bildung

In die folgenden Ausführungen sind die Erfahrungen der letzten fünf Jahre Kommunalpolitik eingeflossen. Einige Forderungen aus dem Wahlprogramm 2016 sind bereits erfüllt, andere haben sich aus verschiedenen Gründen nicht so realisieren lassen. Für die Grundschule Harrien ist nun endlich ein neuer Standort in der Ladestr. gefunden worden. Der Rat der Stadt Brake hat dazu einen einstimmigen Beschluss gefasst. Die kath. Grundschule wird auf eigenen Wunsch in ihrem Gebäude bleiben.

GRÜNE Grundsätze für Schulpolitik:

Wir von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN plädieren für die Schaffung eines Bildungssystems, das die Bildungs- und Erziehungsbedürfnisse aller Schülerinnen und Schüler berücksichtigt und damit mehr Bildungsgerechtigkeit schafft. Denn: Bildung ist Voraussetzung für selbstbestimmtes Leben und Teilhabe am Gesellschafts- und Berufsleben – ein ganzes Leben lang. Jedes Kind, jeder Mensch hat das Recht, dass ihm alle Bildungschancen offen stehen. Daher setzen wir uns grundsätzlich für eine längere gemeinsame Schulzeit ein und für die Abkehr vom gegliederten Schulsystem, weil letzteres zu einer starken Benachteiligung von Kindern aus bildungsfernen Elternhäusern führt und die Leistungspotenziale unserer Kinder nicht ausschöpft. Hierzu gehört auch, dass die Inklusion im Rahmen eines Konzeptes ausgebaut wird und Förderschulen nur solange bestehen bleiben, wie sie hinreichend von den Eltern angewählt werden. Das Ziel ist eine inklusive Schule für alle.

Wir begrüßen, dass es nunmehr seit sieben Jahren eine Integrierte Gesamtschule (IGS) in der Wesermarsch – hier vor Ort in Brake - gibt. Wir sind der Auffassung, dass die IGS eine hervorragend bewährte Schulform für Schülerinnen und Schüler ist. Die IGS ist in besonderer Weise geeignet, Kinder unterschiedlichster Begabungen und Herkunft zu fördern und so zu qualifizierten Abschlüssen zu befähigen.

Im Grundschulbereich gilt für uns nach wie vor das Prinzip: **Kurze Wege für kurze Beine.**

Für die Schullandschaft in der Stadt Brake sind unsere Ziele im Primarbereich in den nächsten Jahren:

- Die Kommune setzt sich dafür ein, dass die gemeinsame **inklusive Beschulung** möglichst aller Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf im Grundschulbereich in Absprache mit den Eltern so schnell wie möglich ausgebaut wird. Besonders sind hier Eltern zu unterstützen, um die Anerkennung für schulbegleitende Hilfen ihrer Kinder zu erhalten.
- Alle fünf Braker Grundschulen sollen wegen der **wohnortnahen Beschulung** beibehalten werden. Für die innerstädtischen Schulen Harrien und Eichendorff sind nun Konzepte in der vergangenen Wahlperiode entwickelt worden. Für die GS Harrien entsteht in der Ladestr. ein Neubau mit voraussichtlicher Fertigstellung im Jahre 2023. Die Eichendorff Schule in kath. Trägerschaft hat sich auf eigenen Wunsch für die Beibehaltung ihres jetzigen Standortes entschieden.
- Wir setzen uns für die Schaffung eines regelmäßig tagenden **Kommunikationsforums** zwischen Kindergärten, Horten und Schulen ein, der endlich mit "Leben" gefüllt werden muss.
- Wir engagieren uns für Schulobst und **gesunde Ernährung**. Eine ausgewogene und gesundheitsfördernde Ernährung ist für das Wachstum und für den Lernerfolg von Kindern unerlässlich. Wir setzen uns dafür ein und unterstützen die Weiterführung des Schulobst- und Gemüseprogramms in den Braker Grundschulen. Ebenfalls sollte Mineralwasser bereitgestellt werden.
- Der **Schulentwicklungsplan** ist auch fortzuschreiben wegen: der ortsnahen Beschulung, der zeitgerechten Ausstattung (Digitalisierung) und der verstärkten Förderung von lernschwachen u. behinderten Kindern mit Hausaufgabenhilfe.
- **Schulsozialarbeit** - Wir fordern in jeder Grundschule im Stadtgebiet eine Stelle für einen Schulsozialarbeiter/ Pädagogen, der vom Land Niedersachsen bezahlt wird.
- **IT-Ausstattung** - Die Corona-Pandemie hat uns allen vor Augen geführt, wie wichtig eine zeitgemäße IT-Ausstattung auch in den Grundschulen ist. Dazu gehören ein leistungsfähiger Internetanschluss in allen Klassen und eine moderne Ausstattung der Klassenräume mit technisch adäquaten Geräten wie Lap Top und Beamer.

GRÜNE Grundsätze für Krippen, Kindergärten und Horte:

Das Wohl des Kindes und der Familie erfordert eine hohe Wertschätzung in der Gesellschaft und wir setzen uns für eine bedarfsorientierte Optimierung (auch flexible Öffnungszeiten) aller in Brake vorhandenen Krippen, Kindergärten und Horte ein. Zu begrüßen ist nun, dass es auch im Stadtteil Golzwarden eine Kindertagesstätte (Kita) gibt. Damit setzt sich der positive Trend für Krippen und Kita's fort, obwohl nicht immer alle Platzanfragen erfüllt werden konnten.

Der "GRÜNE Fünf-Punkte Plan", der in das neue KITA-Gesetz hätte aufgenommen werden müssen, soll als Fundament für die zukünftige Entwicklung berücksichtigt werden (siehe: www.fraktion.gruene-niedersachsen.de):

1. Betreuungsqualität verbessern
2. Fachkräftemangel überwinden
3. Mehr Verfügungszeiten Kita-Personal
4. Inklusion voranbringen
5. Familienzentren fördern

Krippen: Der bereits vollzogene Einstieg in die Schaffung von Krippen in Brake ist sehr positiv zu bewerten. Der real vorhandene Krippenbedarf ist abzudecken. Auch Neuansträge sollten nicht ausgebremst werden.

Kindergärten: Die Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Kindererziehung soll für Mütter und Väter erheblich verbessert werden. Dazu sind flexiblere Öffnungszeiten erforderlich. Die Kitas haben sich immer stärker in unserer Gesellschaft verankert und haben sich von einer Vormittagsbeschäftigung mittlerweile zum primären Bildungssektor entwickelt.

Horte: Der Hort bietet nicht nur für berufstätige Eltern eine hervorragende Möglichkeit der betreuten Unterbringung. Allerdings kommt es darauf an, dass der Hort nicht nur ein Ort der Aufbewahrung, sondern eine qualitative Betreuung mit päd. Fachkräften ist, die vor allem die "soziale Kompetenz" der Kinder stärken und fördern. Der Einstieg in den Hortstandort beim Kindergarten-Mitte ist zu begrüßen, jedoch noch nicht ausreichend. Es ist ein Gesamtkonzept für Horte zu erarbeiten und die Standortsuche von unterschiedlichen Trägern voranzutreiben.

Inklusion: Die Inklusion muss dabei in allen Einrichtungen gelebt werden und ist von den pädagogischen Fachkräften uneingeschränkt zu unterstützen.

Kosten: Die Kostenbeiträge für den Besuch einer Kindertagesstätte (Kita) müssen sozial ausgewogen sein und sich an der erst vor kurzem verabschiedeten Gebührensatzung orientieren. Die Zusammenarbeit mit dem Stadtelternrat (SER) ist in dieser Hinsicht unabdingbar.

Sozialpolitik

In unserem Sozialstaat nimmt die Ungleichheit in Bezug auf Einkommen, Vermögen und Chancen immer weiter zu. Wir GRÜNE setzen uns für eine kommunale Sozialpolitik ein, die **Teilhabe für alle** ermöglicht, Armut bekämpft und dazu beiträgt, dass das Zuhause bezahlbar bleibt.

Wir möchten in unserer Stadt ein **gutes Miteinander** der Menschen, die schon länger hier leben und derer, die neu zugezogen/zugewandert sind, fördern. Wir GRÜNE setzen uns ein für eine **freie, weltoffene und vielfältige Gesellschaft** und wir stehen an der Seite der zivilgesellschaftlichen Initiativen im Kampf gegen Rassismus und rechte Gewalt. Menschenfeindlichkeit und rechte Hetze haben bei uns in Brake nichts zu suchen. Wir unterstützen alle Gruppen und Initiativen, die sich Rassismus, Antisemitismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit mit friedlichen Mitteln entgegenstellen, wie z.B. das Refugium Wesermarsch.

Wir von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen uns für den **Auf- und Ausbau von Beratungsstellen** für Menschen, die in Not geraten sind, ein. Dazu gehören z.B. unser Arbeitslosenzentrum, die Schuldner- und die Suchtberatung. Die finanzielle Förderung des Arbeitslosenzentrums aus Haushaltsmitteln der Stadt Brake soll auf jeden Fall fortgesetzt werden, um ein unabhängiges und kostenfreies Beratungsangebot für Arbeitslose und prekär Beschäftigte aufrecht zu erhalten. Die Möglichkeit der Beratung für Erwerbslose und von Arbeitslosigkeit bedrohte Menschen ist im Laufe der letzten Jahre immer wichtiger geworden, da nach der Sozialgesetzgebungsreform Bescheide noch komplizierter geworden sind und gesetzlich zustehende Ansprüche ohne fachliche Hilfe oftmals nicht durchsetzbar sind. Die Überprüfung von Bescheiden ist ohne Unterstützung nur schwer möglich. Hier setzt die Informations- und Beratungsarbeit an, um die Betroffenen in ihrem Rechtsanspruch zu unterstützen.

Auch für einen angemessenen Erhalt und Ausbau anderer sozialer Beratungsangebote inkl. Präventionsangebote und Beratung für Migranten machen wir uns stark. Erst nach Abklingen der Corona-Pandemie wird das tatsächliche Ausmaß des durch die Krise verursachten erheblich erhöhten Hilfebedarfs, auch bei unseren Bürgern und Bürgerinnen in Brake, deutlich werden. Unsere Beratungsangebote sollen insgesamt zukünftig je nach Bedarf auch mobiler und digitaler werden damit auch Menschen, die aufgrund ihres Alters oder einer seelischen, geistigen oder körperlichen Einschränkung nicht oder kaum mobil sind, diese in Anspruch nehmen können.

Die sozialen Einrichtungen unserer Stadt brauchen für ihre wertvolle Arbeit eine verlässliche Förderung. Wir setzen uns dafür ein, dass die kommunalen Mittel beibehalten bzw. bedarfsgerecht ausgeweitet werden.

Wir wollen in unserer Kreisstadt **bezahlbaren Wohnraum** für alle gewährleisten. Wohnen ist ein Menschenrecht und Teil der Daseinsvorsorge wie Nahrung, sauberes Wasser und Bildung. Wohnen ist eine der zentralen sozialen Fragen unserer Zeit. Nicht nur in Großstädten steigen die Mieten rasant: Immer mehr Menschen müssen mehr als 30% ihres Haushaltseinkommens für die Kaltmiete ausgeben. Besonders Menschen mit geringen Einkommen bleibt so nur noch wenig Geld zum Leben übrig. Wir GRÜNE wollen uns dafür einsetzen, dass die Wohnungsbaugesellschaften und privaten Vermieter ausreichend Wohnraum auch für Menschen mit geringem Einkommen in unserer Kreisstadt zur Verfügung stellen und die Mietpreise auf aktuellem Niveau bleiben und nicht weiter ansteigen.

Die Stadt hat eine Vorbildfunktion. Wir setzen uns dafür ein, dass die Arbeitsverhältnisse bei der Stadt und bei städtischen Betrieben im vollen Umfang den **sozialen Standards** entsprechen.

Nur eine **familienfreundliche Stadt** ist auch eine zukunftsfähige Stadt. Wir wollen die Voraussetzungen dafür schaffen, dass im alltäglichen Zusammenleben vor Ort in Brake die Vereinbarkeit von Familie und Beruf eine Selbstverständlichkeit ist. Ausreichend und qualitativ gute Kinderbetreuung, flexible Angebote und familienfreundliche Öffnungszeiten gehören dazu.

Gleiche Bildungschancen für alle und gut ausgestattete Schulen, die eine attraktive Umgebung für gutes Lernen bieten, haben für uns Priorität. Auch in der **Jugendförderung** wollen wir GRÜNE uns stark machen. Jungen Menschen sind die zur Förderung ihrer Entwicklung erforderlichen Angebote der Jugendarbeit zur Verfügung zu stellen. Die Angebote der (außerschulischen) Kinder- und Jugendarbeit sollen sowohl von den Vereinen als auch durch die städtische Jugendarbeit erfolgen. Sie sollen an den Interessen junger Menschen anknüpfen, es ihnen ermöglichen mitzugestalten und mitzubestimmen und zu gesellschaftlicher Mitverantwortung und sozialem Engagement anregen und hinführen. Jugendarbeit in unserer Stadt soll Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit bieten, sich zu

engagieren, aber auch dafür da sein, den Entwicklungsprozess in der Sozialisation zu begleiten. Für Kinder aus "bildungsfernen" Schichten sind dafür spezielle niederschwellige Angebote vorzuhalten. Ziel dieser Arbeit soll eine Identitätsbildung in einem gemeinsamen Erlebnisprozess sein, der verstärkt die soziale Kompetenz fördert und dabei den Leistungsgedanken etwas hintenanstellt. Der neue Skater-Park z.B. bietet dazu hervorragende Möglichkeiten. Wir fordern konkret in Bezug auf die Jugendarbeit in Brake:

- Beteiligung von Kindern und Jugendlichen bei allen Planungen und Vorhaben, die ihre Interessen berühren, aber auch bei deren Umsetzung (siehe § 36 NkomVG), Beispiel: Jugendforen
- Integration fördern – Jugendliche mit Migrationshintergrund verstärkt einbinden
- Drogenprävention durch Drogenberatungsstelle Rose 12 intensivieren
- Präventionsrat aktivieren
- Kinderspielplätze pflegen und aktualisieren
- Aufrechterhaltung von Ferien-Pass-Angeboten und Ferienbetreuung
- Unterstützung von jugendspezifischen Vereinen (wie z.B. Verein "total verPLANt" - Ansatz des gemeinsamen virtuellen "Spielens" und IT -Kompetenz werden gefördert und gestärkt).
- Der eingerichtete Jugendtreffpunkt als Angebot für die Zielgruppe 12-17 Jahre (mit ergänzenden zusätzlichen Angeboten für Kinder ab 7 Jahre) soll erhalten werden, damit Heranwachsende einen Ort der Begegnung, der Kommunikation und des Erfahrungsaustausches haben. Die Öffnungszeiten des Jugendtreffpunkts sollen auf dienstags bis samstags erweitert werden.

Umweltschonende Energieversorgung und Beschaffungswesen

Wasser, Wind, Sonne, Biomasse, Erdwärme und dezentrale Kraftwärmekopplungsanlagen sind die Energiequellen des 21. Jahrhunderts für die Stromgewinnung. Die Nutzung von Brennstoffzellen, die Ausnutzung aller **Energieeinsparmöglichkeiten** und Speicherung sind weitere Schritte für eine **kohle- und atomenergiefreie** Zukunft.

Wir von BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN fordern für die Stadt Brake:

Der Rückbau **des AKWs Esenshamm** ist mit einem ökologisch vertretbaren Verfahren auch unter Mitwirkung der Stadt Brake (Unterstützung der Klage des Arbeitskreis Wesermarsch) zeitnah umzusetzen.

Anwendung und kontinuierliche Umsetzung der beschlossenen 52 Klimaschutzmaßnahmen als unser Beitrag zur Bekämpfung der Klimakatastrophe. Die Stadt Brake soll eine weitergehende CO₂-Einsparung verfolgen und auch effektive Finanzierungs- und Förderprogramme von Bund und Land erschließen. Wir fordern die Erstellung eines **Energieausweises** und eines **Energiesparkonzeptes und -programmes** für alle städtischen Gebäude und Anlagen. Zur Finanzierung wird auch **Energie-Einspar-Contracting** durchgeführt. In allen städtischen Gebäuden und Anlagen ist ein **Energiebudget** zu schaffen. Erzielte Einsparungen sollen zukünftig Nutzergruppen, Stadthaushalt und weiteren Energiesparmaßnahmen zugute kommen.

Einführung des „**Fifty-Fifty**“-Modells zum Energiesparen an Schulen (Schulen erhalten für ihren Haushalt 50 % der eingesparten Energiekosten). Wir setzen uns darüber hinaus für eine Einsparoffensive bei der Bewirtschaftung aller städtischer Gebäude in Brake ein.

Die Finanzierung einer qualifizierten **Energieberatung** für Stadt, Behörden, Betriebe und Haushalte soll auch durch eine Mindestfinanzierung der Programme für Energiesparmaßnahmen künftig erfolgen aus jährlich hierfür festzuschreibender Dividendenanteil EWE der Stadt Brake, Einspar- und Anlagecontracting, Kreisschulbaukasse, anteilige Aufwandsentschädigung beim Landeselektrizitätsverband (LEV) bzw. EWE.

Wir wollen pädagogische Programme zur Energieeinsparung für die Grundschulen fördern.

Wir wollen uns dafür einsetzen, dass Neubauten nach Passivhausstandard und mit möglichst positiver Energiebilanz gebaut werden. Auch Abwärme kann besser genutzt werden. Hierfür und auch für die Modernisierung von Heizungsanlagen wollen wir Beratungsangebote verbessern. **Kraft-Wärmekopplungssysteme**(BHKW) sollen möglichst bei Heizungsanlagenaustausch der städtischen Gebäude vorgesehen werden. Wärmerückgewinnung bei Brauchwassersystemen in Schulen und Sporthallen ist möglichst umzusetzen. Bei Sporthallen sind Dunkelstrahler-Heizungen zu präferieren.

Den Bürgern und Bürgerinnen soll die Möglichkeit der Beteiligung an **Solaranlagen** auf öffentlichen Gebäuden angeboten werden bzw. die Stadt stellt öffentliche Dächer zur Verfügung. Festsetzungen in Bebauungsplänen sollen keine Dachneigungen und Firstrichtungen mehr vorschreiben die einer **energetischen Nutzung der Dachfläche** entgegenstehen. Der Einsatz von PV-Anlagen in neuen B-Plänen ist zwingend festzuschreiben.

Eine **Ladeinfrastrukturförderung für Elektromobilität** (Kommunal, Haushalte, Betriebe) ist einzurichten. Die Errichtung von Stellplätzen ist für private Ladestationen in allen B-Plänen zu ermöglichen.

Herstellung und Anwendung von **grünem Wasserstoff** aus ausschließlich regenerativen Energien ist generell und speziell auch für Brake zu entwickeln. Schifffahrt/Logistik/ÖPNV u. private Haushalte als Abnehmer und Windparks/PV-Anlagen (auch Freiflächen) als Lieferanten bilden ggf. die Grundlage für eine zu prüfende Wasserstoffproduktion im Stadtgebiet Brake.

Wir von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sprechen uns **gegen den Anbau von Monokulturen** zum Betreiben von **Biogasanlagen** aus. Wir befürworten Förderung und Forcierung dezentraler Nutzung von **Biogas** aus Gülle, Festmist und Pflanzenmaterial (keine Fettabscheiderabfälle) bei landwirtschaftlichen Betrieben und Energieerzeugern unter Beachtung umweltverträglicher Standards, als auch der Nutzung der Abwärme.

Bei allen **Beschaffungen** (z.B. Reinigungsmittel, Papier, Fahrzeuge) sowie Baumaßnahmen und Renovierungen, der in städtischer Trägerschaft befindlichen Gebäude hat eine **Umweltverträglichkeitsprüfung** Priorität (i.d.R. ohne Mehrkosten). Bei Beschaffungen von Reinigungsmitteln soll Brake dies wieder umsetzen. Bei öffentl. Veranstaltungen ist ausschließlich **Mehrweggeschirr** zu verwenden, um insbesondere das Entstehen von Plastikmüll zu minimieren.

Der **Klärschlamm** aus unserer kommunalen Kläranlage i.V.m. dem OOWV soll vor Ort **entgiftet** werden. Hierzu sind Auflagen und Beratungen erforderlich. Ein **Abwasserkataster** ist endlich einzuführen, damit Giftstoffe nur noch in erheblich reduzierter Menge ins Abwasser gelangen. Wir von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern darüber hinaus, dass die Regenwassergebühr von der Schmutzwassergebühr zu trennen ist.